

Stadtratssitzung vom 19. September 2024

## Fragestunde F 19/2024

### Fragestunde betreffend Poststellenschliessungen in Thun

Franz Schori (SP) vom 17. September 2024; Beantwortung

#### Wortlaut der Fragestunde

Die Schweizerische Post beabsichtigt, 179 Poststellen zu schliessen. Dagegen bildet sich Widerstand sowohl bei den Kantonen und betroffenen Gemeinden als auch im Nationalrat. Service public ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Die geplanten Schliessungen der Poststellen lösen daher Besorgnis aus, weil sie als Angriff auf die Grundversorgung und das Gemeinwohl wahrgenommen werden. Besonders in ländlichen Regionen ist der Zugang zu Postdienstleistungen für viele Menschen essentiell, um ihre täglichen Geschäfte zu erledigen. Ein Rückzug der Post aus diesen Gebieten könnte nicht nur den sozialen Zusammenhalt schwächen, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Der Widerstand aus den Kantonen und dem Nationalrat zeigt, dass der Service public weiterhin als unverzichtbare Säule unserer Gesellschaft angesehen wird, die es zu schützen gilt.

#### Fragen

1. Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass die Post ein wichtiger Teil des Service public ist?
2. Ist dem Gemeinderat bekannt, welche Poststellen in der Stadt Thun und den umliegenden Gemeinden geschlossen werden sollen?
3. Wird sich der Gemeinderat im Rahmen des ERT für den Erhalt von Poststellen oder zumindest für adäquate Ersatzlösungen einsetzen?

#### Antwort des Gemeinderates

**Zu Frage 1: Teilt der Gemeinderat die Auffassung, dass die Post ein wichtiger Teil des Service public ist?**

Ja.

**Zu Frage 2: Ist dem Gemeinderat bekannt, welche Poststellen in der Stadt Thun und den umliegenden Gemeinden geschlossen werden sollen?**

Nein. Der Gemeinderat hat keine Kenntnis von konkreten Schliessungsabsichten der Post.

**Zu Frage 3: Wird sich der Gemeinderat im Rahmen des ERT für den Erhalt von Poststellen oder zumindest für adäquate Ersatzlösungen einsetzen?**

Das Verfahren bei einer Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder Postagentur ist in Artikel 34 der Postverordnung<sup>1</sup> geregelt. Mindestens sechs Monate vor der Schliessung oder Verlegung einer Poststelle oder Postagentur hört die Post die Behörden der betroffenen Gemeinden an. Der Einbezug der Gemeinden erfolgt damit nach diesem Verfahren. Der Gemeinderat wird sich in diesem Rahmen wie bisher für eine zeitgemässe regionale Versorgung einsetzen. Er kann diesbezüglich auch auf frühere Fragestunden und Postulate zu diesem Thema<sup>2</sup> und auf eine Vernehmlassung zur Postverordnung verweisen.

Thun, 18. September 2024

Für den Gemeinderat der Stadt Thun

Der Stadtpräsident  
Raphael Lanz

Der Stadtschreiber  
Bruno Huwyler Müller

Beilage

Stellungnahme des Gemeinderates vom 22. August 2018

---

<sup>1</sup> [Postverordnung \(VPG; SR 783.01\)](#)

<sup>2</sup> [Fragestunde F 4/2018 betreffend Poststellenabbau, Postulat P 15/2016 betreffend Poststellenschliessungen in der Stadt und Region Thun](#)